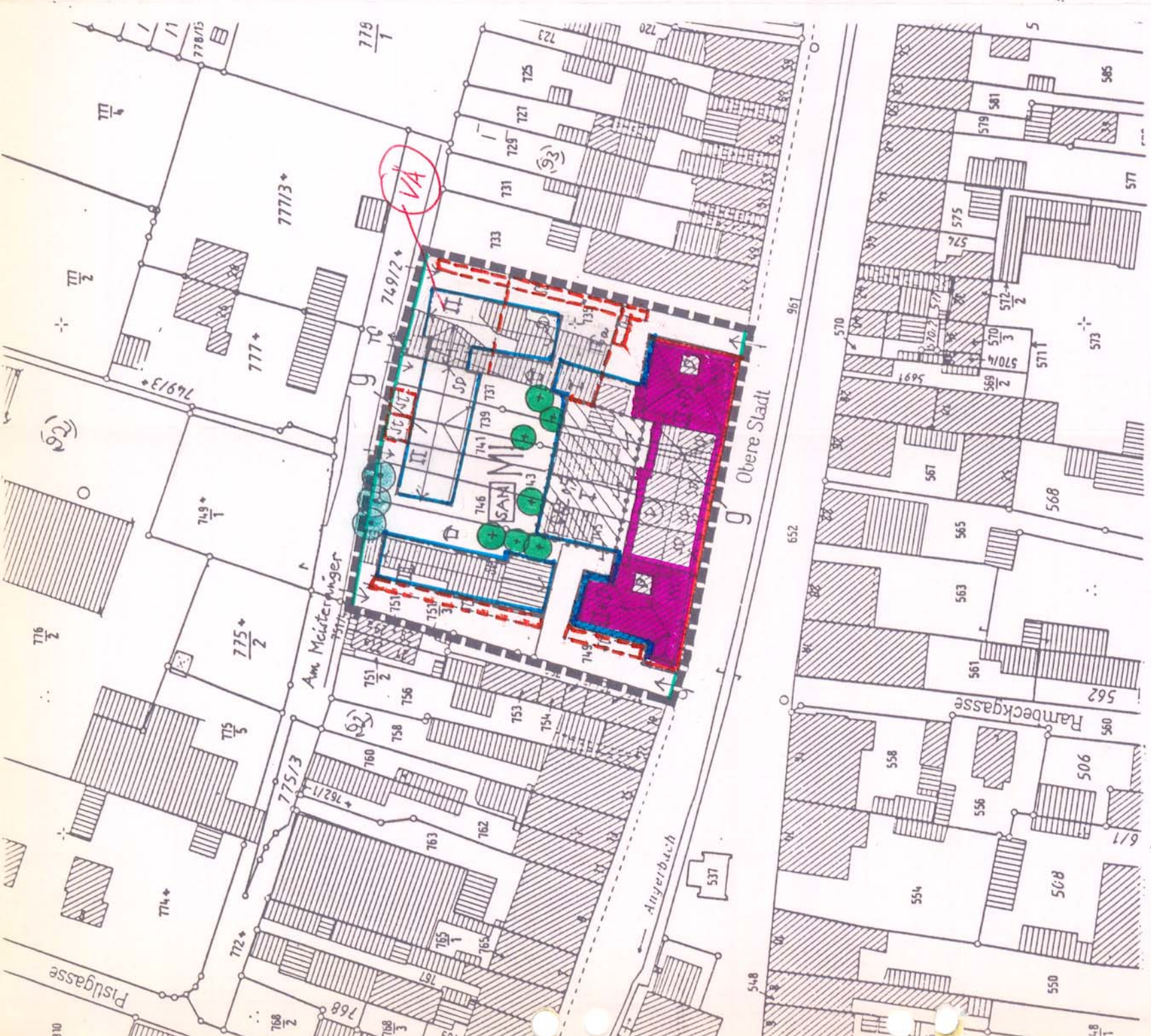




GEÄNDERT:
22.10.96

NORD
M 1:1000

PLANFERTIGER: DIPL.-ING. F. SCHOTT, ARCHITEKT DWB, PLANER SRL
KARL-THEODOR-STR. 68, 80803 MÜNCHEN

Die Stadt Weilheim i.O.B. erläßt aufgrund des §2 Abs.1 und der §§ 9 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB), Art.29 der Bayerischen Bauordnung (BayBO), der Verordnung über die bauliche Nutzung im Stadtgebiet (BauNutzVO), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BaunutzVO), der Planzeichenverordnung (PlanzVO) diesen Bebauungsplan als Satzung:

A. FESTSETZUNGEN DURCH PLANZEICHEN

- Art der baulichen Nutzung
Mischgebiet gem. § 6 BauNVO
- Maß der baulichen Nutzung
I 1 Vollgeschoss als Höchstgrenze
II 2 Vollgeschosse als Höchstgrenze, Dachgeschossausbau zulässig nach BayBO
III 3 Vollgeschosse als Höchstgrenze, davon 1 Vollgesch. im Dachgeschoss
- Bauweise, Baulinien und Baugrenzen
geschlossene Bauweise
Baulinie
Baugrenze
- Dachformen
SD Satteldach
WD Walmdach
← verbindliche Hauptfirstrichtung
- Grünflächen und Anpflanzungen
Bäume zu pflanzen gem. Vorschläge Pkt. C.10
Bäume zu erhalten
- Verkehrsflächen
Bäume zu pflanzen gem. Vorschläge Pkt. C.10
Bäume zu erhalten
- Sonstige Festsetzungen
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
Flächen für Stellplätze und Tiefgaragen
Stellplätze
Tiefgarage
Zufahrt Tiefgarage
Abgrenzung des Maßes der Nutzung
Kinderspielfläche gem. Art.8 BayBO

Die im Bebauungsplan festgesetzten Firstrichtungen sind zwingend.
Bei Erdgeschossigen Gebäuden sind auch Flachdächer und Pultdächer bis max. 25° Dachneigung zulässig.

Dächer über Hauptgebäuden sind als gleichseitig geneigte Sattel- bzw. Walmdächer auszubilden.
Dachneigung: bei I+II: 35° - 50°; bei III: max. 35°
Die Dachflächen sind mit naturroten Dachziegeln einzudecken.
Die im Bebauungsplan festgesetzten Firstrichtungen sind zwingend.
Bei Erdgeschossigen Gebäuden sind auch Flachdächer und Pultdächer bis max. 25° Dachneigung zulässig.

Die im Bebauungsplan festgesetzten Firstrichtungen sind zwingend.
Bei Erdgeschossigen Gebäuden sind auch Flachdächer und Pultdächer bis max. 25° Dachneigung zulässig.

Die im Bebauungsplan festgesetzten Firstrichtungen sind zwingend.
Bei Erdgeschossigen Gebäuden sind auch Flachdächer und Pultdächer bis max. 25° Dachneigung zulässig.

Die im Bebauungsplan festgesetzten Firstrichtungen sind zwingend.
Bei Erdgeschossigen Gebäuden sind auch Flachdächer und Pultdächer bis max. 25° Dachneigung zulässig.

Die im Bebauungsplan festgesetzten Firstrichtungen sind zwingend.
Bei Erdgeschossigen Gebäuden sind auch Flachdächer und Pultdächer bis max. 25° Dachneigung zulässig.

B. HINWEISE DURCH PLANZEICHEN
Bestehende Gebäude
Bestehende Flurstücksgrenzen
Bestehende Flurstücksgrenzen
Zufahrt Grundstück

Denkmalschutz Ensemble
Denkmalschutz Einzelobjekt
Sanierungsgebiet

C. FESTSETZUNGEN DURCH TEXT
1. Art der baulichen Nutzung
Das Baugebiet wird als "Mischgebiet" (MI) nach § 6 BauNVO festgesetzt.
Nutzungen nach § 6 Abs.2 Ziff.6 (Gartenbaubetriebe) und 7 (Tankstellen) sind unzulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung
Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die überbaubaren Flächen, die zulässige Zahl der Vollgeschosse und durch die nachfolgenden Festsetzungen nach Ziff.3,4 und 5 festgelegt.

3. Hauptgebäude
Die Fußbodenoberkante der Erdgeschosse darf max. 0,45 m über dem Niveau der Erschließungsfläche im Bereich des Gebäudes liegen.
Die Wandhöhen dürfen traufseitig folgende Werte nicht überschreiten:
bei I max. 3,50 m
bei II max. 6,50 m

Als Wandhöhe gilt das Maß von der Fußbodenoberkante des Erdgeschosses im Eingangsbereich bis zum Schnittpunkt der Außenseite der Umfassungsmauer an der Traufseite mit der Oberkante der Dachhaut.
Diese Festsetzungen gelten nicht für bestehende Gebäude.
Hier gelten die vorhandenen Wandhöhen.

4. Garagen und Nebengebäude
Die Anzahl der Garagen, Tiefgaragen und Stellplätze richtet sich nach der jeweils gültigen Stellplatzsatzung der Stadt Weilh. Oberirdische, nicht überdachte Stellplatzflächen sind wasserdurchlässig auszubilden. Garagen sind nur innerhalb der Baugrenzen, Stellplätze nur innerhalb der hierfür festgesetzten Flächen zulässig. Auf dem Grundstück Pl.Nr.735 ist auch innerhalb der ausgewiesenen Fläche der Bau einer Tiefgarage möglich.

5. Dachgestaltung
Dächer über Hauptgebäuden sind als gleichseitig geneigte Sattel- bzw. Walmdächer auszubilden.
Dachneigung: bei I+II: 35° - 50°; bei III: max. 35°
Die Dachflächen sind mit naturroten Dachziegeln einzudecken.
Die im Bebauungsplan festgesetzten Firstrichtungen sind zwingend.
Bei Erdgeschossigen Gebäuden sind auch Flachdächer und Pultdächer bis max. 25° Dachneigung zulässig.

Die im Bebauungsplan festgesetzten Firstrichtungen sind zwingend.
Bei Erdgeschossigen Gebäuden sind auch Flachdächer und Pultdächer bis max. 25° Dachneigung zulässig.

Die im Bebauungsplan festgesetzten Firstrichtungen sind zwingend.
Bei Erdgeschossigen Gebäuden sind auch Flachdächer und Pultdächer bis max. 25° Dachneigung zulässig.

Dachgauben sind nur zulässig bei einer Dachneigung von mind. 35°
- auf der Straßenseite als stehende Einzelgauben
max. Breite Einzelgaube: 1,25 m
max. Höhe mit Giebel: 1,80 m
Gesamtbreite der Gauben max. ein Drittel der jeweiligen Gebäudebreite
- auf der Gartenseite als Schleppgauben oder stehende Gauben mit Satteldach
max. Breite Einzelgaube: 4,0 m
max. Höhe (ohne Giebel): 2,20 m
Gesamtbreite der Gauben max. die Hälfte der jeweiligen Gebäudebreite
- Firsthöhe der Gaube mind. 0,50 m unter der Firsthöhe des Hauptdaches.
Eingezogene, hinter der Dachfläche liegende Balkone und Dachflächenfenster sind nur mit einer Fläche von max. 0,7 qm pro Einzelfenster zulässig. Die Gesamtfläche der Einzelfenster darf einen Anteil von 5% der gesamten Dachseitenfläche nicht überschreiten.

6. Fassadengestaltung
Mauerwerkfassaden bei Hauptgebäuden sind zu verputzen. Zierputze sind nicht zulässig. Die Verwendung von Naturstein ist möglich. Holzverkleidungen sind nur auf der straßenabgewandten Seite zulässig.
Balkone, Erker und sonstige Vorbauten auf der Straßenseite der Hauptgebäude sind unzulässig.
Alle Fassaden sind farbig zu gestalten. Dabei ist auf die vorhandene Farbgebung der Nachbargebäude Rücksicht zu nehmen (siehe Hinweise).
Fenster müssen ein stehendes Rechteck bilden, Fensterfüßen sind in Höhe und Breite anzupassen.

7. Verbeanlagen
Verbeanlagen in grellen Farbtönen sind nicht zuzulassen. Für Leuchtreklamen sind nur hinterleuchtete Verbeanlagen gestattet, beschränkt auf den Bereich zwischen OK Fenster Erdgesch. und OK Fenster 1.Obergesch.
Nasenschilder sind unzulässig.

Verbeanlagen aller Art sind an Gebäuden, die ausschließlich Wohnzwecken dienen, nicht gestattet.
(Siehe Hinweise durch Text).

8. Einfriedungen
Zur Abgrenzung von Grundstücken gegenüber den öffentlichen Verkehrsflächen sind nur Hecken bis zu einer Höhe von 1,20 m und einfache Holzeinfriedungen (Haincheizäune) zulässig: Höhe 1,10 m, Befestigung im Einzelfundamenten, kein Sockel. Bei den Gebäuden an der Straße 'Am Meieranger' ist bei den Reihenhäusern die Einfriedung der Vorartenbereiche unzulässig. Durchlaufende Randeinfassungen müssen mit dem Gelände bündig und ohne Abtreppungen verlaufen.
Kabeiverteilerschranken sind vorderfrontbündig in die Einfriedungen einzubauen.

9. Abfallbehälter
Müllbehälter sind in die Hauptgebäude oder Nebenanlagen zu integrieren. Freistehende Müllboxen sind unzulässig.
Das Aufstellen von Lagerbehältern für flüssige oder gasförmige Stoffe im Freien, sowie das Aufstellen von Wohnwagen ist unzulässig; ebenso sind Nebenanlagen im Vorgartenbereich unzulässig.

10. Freiflächengestaltung
Befestigte Grundstücksflächen, mit Ausnahme der Fahrverkehrsflächen, sind wasserdurchlässig auszubilden gemäß Empfehlungen BStN/BStMELF Mabl.Nr. 10/1985.
Die Pflanzung von fremdartigen Gehölzen wie z.B. Trauerformen von Weide, Buche, Ulme, Zedern aller Art, Zypressen und Tujen in Säulenform oder als Hecke, sowie alle blauen und Landchaftsbildes unzulässig.
Die Anpflanzung von Obstbäumen und Beerensträuchern sowie von Ziergehölzen wird von diesen Festsetzungen nicht beschränkt.
Die nicht überbauten oder befestigten Flächen sind innerhalb eines Jahres ab Bezugsfertigkeit als Gartenflächen anzulegen und zu unterhalten.
Abragungen, Aufschüttungen und Lichtgräben sind unzulässig. Die Einhaltung der Grenzabstände nach dem Bayerischen Nachbarrecht (AG BGB) ist bei allen Gehölzpflanzungen zu beachten.
Auf die Bekanntmachung des BStM vom 22.6.1976, betr. "Gefährdung von Kindern durch giftige Pflanzen" Mabl.Nr. 21 vom 22.7.1976 wird hingewiesen, insbesondere bei der Bepflanzung von Spielplätzen.
Niederschlagswasser ist auf dem eigenen Grundstück zu versickern.

Pflanzlistenvorschlag für standorttypische Laubbäume:
Acer campestre
Acer platanoides
Betula pendula
Carpinus betulus
Sorbus aucuparia
Prunus serotina
Corylus colurna
Fraxinus
Quercus
Tilia
Linde

Die Stadt Weilheim i.O.B. hat mit Beschluß des Stadtrates vom 23.04.97, Nr. 4/10/97, den Bebauungsplan gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Die Regierung von Oberbayern machte mit Schreiben vom 03.04.97 eine Verletzung von Rechtsvorschriften, die eine Versagung der Genehmigung nach § 6 Abs.1 BauGB rechtfertigen würde, nicht geltend.

Der Bebauungsplan wird samt Begründung ab 03.05.97, im Rathaus gem. § 12 BauGB zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.
Der Bebauungsplan wurde am 05.05.97 durch Amtsblatt bekanntgemacht.

Weilheim i.O.B. vom 07.05.1997

PLANFERTIGER: DIPL.-ING. F. SCHOTT, ARCHITEKT DWB, PLANER SRL
KARL-THEODOR-STR. 68, 80803 MÜNCHEN

Bei großen Hochwasserereignissen besteht im Plangebiet Überschwemmungsgefahr.

PLANFERTIGER: DIPL.-ING. F. SCHOTT, ARCHITEKT DWB, PLANER SRL
KARL-THEODOR-STR. 68, 80803 MÜNCHEN

BEBAUUNGSPLAN WEILHEIM i.O.B.

M 1:1000

Genehmigte Fassung

E. VERFAHRENSHINWEISE

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften - wie die Vorschriften über die Beteiligung der Bürger und der Träger öffentlicher Belange, über die Begründung zum Bebauungsplan sowie zur Beschlussfassung über den Bebauungsplan und des Genehmigungs- bzw. Anzeigeverfahrens - sind unbedeutend, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist.

§ 1 Abs.6 BauGB vorzunehmenden gerechten Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander, sind unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist dabei darzulegen.

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde mit der Begründung gem. § 3 Abs.2 BauGB vom 02.12.96.. bis 03.04.97.. im Rathaus öffentlich ausgestellt.

Die Stadt Weilheim i.O.B. hat mit Beschluß des Stadtrates vom 23.04.97, Nr. 4/10/97, den Bebauungsplan gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Die Regierung von Oberbayern machte mit Schreiben vom 03.04.97 eine Verletzung von Rechtsvorschriften, die eine Versagung der Genehmigung nach § 6 Abs.1 BauGB rechtfertigen würde, nicht geltend.

Der Bebauungsplan wird samt Begründung ab 03.05.97, im Rathaus gem. § 12 BauGB zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.
Der Bebauungsplan wurde am 05.05.97 durch Amtsblatt bekanntgemacht.

Weilheim i.O.B. vom 07.05.1997

PLANFERTIGER: DIPL.-ING. F. SCHOTT, ARCHITEKT DWB, PLANER SRL
KARL-THEODOR-STR. 68, 80803 MÜNCHEN